

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 26. November 1953

87/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. G r e d l e r, H e r z e l e und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Mißstände in der MA 62 der Stadt Wien als Aufsichtsbehörde
für öffentliche Verwalter und Aufsichtspersonen. Nichtbehebung solcher
Mißstände durch das Bundesministerium für Finanzen.

-.--.-

Gemäß der II. Delegierungsverordnung (v.5.4.1951, BGBl.Nr. 110)
wurden weitere Gebiete der öffentlichen Verwaltung und Aufsicht an die
Landeshauptleute übertragen, in Wien an den Bürgermeister als Landes-
hauptmann, der diese Agenden durch die Mag.Abt.62 versehen läßt.

Es haben sich nun bei den rund 700 öffentlichen Verwaltungen, die
unter der Aufsicht des Magistrats der Stadt Wien stehen, wiederholt
Unzukömmlichkeiten ergeben, die geeignet sind, eine entsprechende ver-
mögenssichernde Tätigkeit zu gefährden. Betroffene haben sich wiederholt
an das Bundesministerium für Finanzen um Abhilfe gewendet und ersucht,
das Bundesministerium wolle die betreffenden Akten an sich ziehen und
selbst erledigen, was nach der II. Delegierungsverordnung jederzeit
möglich ist, da der Landeshauptmann keine eigene Kompetenz in diesen
Dingen besitzt.

Trotz schwerster Verstöße gegen eine ordnungsgemäße Amtsführung
hat das Bundesministerium für Finanzen niemals eingegriffen, sondern
sich damit begnügt, die Eingabe an den Magistrat der Stadt Wien zur
weiteren Amtshandlung weiterzureichen. Es braucht nicht hinzugefügt
zu werden, daß diese Prozedur keine erfolgversprechende ist. Der Ma-
gistrat läßt offenkundige Übelstände, wie Verfehlungen öffentlicher
Verwalter u.s.f. ruhig weiterbestehen, wodurch nicht nur das Vermögen
der öffentlich verwalteten Firmen geschädigt wird, sondern auch die
Gläubiger dieser Firmen gezwungen werden, die Amtshaftung geltend zu
machen.

Die II. Delegierungsverordnung wurde seinerzeit hauptsächlich
zu dem Zwecke erlassen, das Vermögenssicherungs-Budget des Bundes zu
restringieren. Dies mag nun wohl eingetreten sein, aber die einzelnen
Landeshauptleute, insbesondere der Bürgermeister von Wien, mußten zahl-
reiche neue Kräfte einstellen, um die neuangefallenen Arbeiten zu be-
wältigen. Diese neuangestellten Kräfte besitzen oft nicht diejenige
Vorbildung, die zur Führung solcher Agenden notwendig ist. Dadurch

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. November 1953

ist die Aufsichtstätigkeit über die öffentlichen Verwalter unwirksam geworden, was zu Schädigungen der verwalteten Vermögen führte. Meist handelt es sich hierbei ja um deutsches Eigentum, dessen treuhändige Verwaltung die Republik Österreich trägt. Die ordentliche Führung der treuhändigen Verwaltung wird auf diese Weise gefährdet.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister gewillt, eine straffere Überwachung der MA 62 durch das Bundesministerium für Finanzen einzurichten und dafür zu sorgen, daß Beschwerden über die Landeshauptleute in solchen Fragen durch das Bundesministerium selbst meritorisch erledigt werden? Insbesondere wolle in Fällen, wo die einzelnen Bundesländer als Parteien einer öffentlichen Verwaltung in Frage kommen, die Abnahme der Akten durch das Bundesministerium für Finanzen erwogen werden.

-.--.-.-.-.-.-